

Grußworte zum 40. Jahrestag der Gründung der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG)

Wilhelm v. Gottberg
(Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen)

Die Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft besteht in diesem Jahr 40 Jahre. Sie wurde im April 1962 in Köln gegründet. Schon bei der Gründung der Gesellschaft wurden ihr folgende Aufgaben zugewiesen:

- Mitzuwirken an der Verbreitung und Vertiefung der staatsbürgerlichen Bildung.
- Mitzuwirken bei der Verbreitung von Kenntnissen über wirtschaftliche, soziale und finanzpolitische Zusammenhänge.
- Mitzuwirken bei der Festigung der geistigen Grundlagen der europäischen Kultur.
- Mitzuwirken bei der Verankerung des demokratischen Gedankens in der Jugend.

Die Gründungsväter der SWG werden damals mit Bedacht die vorstehenden Ziele für die Arbeit der Gesellschaft ausgewählt haben. Die gestellten Aufgaben waren damals aktuell und sind heute aktueller denn je. Die viel zitierte Pisa-Studie hat gezeigt, daß es insbesondere um die politische Bildung der jungen Menschen bei uns besorgniserregend bestellt ist. Wer keine ausreichenden Kenntnisse in der deutschen Grammatik und der Rechtschreibung hat, die Grundrechenarten nur mangelhaft beherrscht, der wird erst recht nicht wirtschafts- und finanzpolitische Zusammenhänge durchschauen können.

Deshalb ist die staatsbürgerkundliche Bildungsarbeit der SWG in unserer Zeit von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Fortexistenz unseres freiheitlich demokratisch verfaßten Gemeinwesens.

Sie, die freiheitlich demokratische Grundordnung, wie sie in der Verfassung für Deutschland festgeschrieben wurde, ist heute nicht durch äußere Feinde gefährdet. Innere und hausgemachte Gefahren und Risiken bedrohen die Stabilität unserer Gesellschaftsordnung. Einige Problemfelder auf diesem Sektor sollen genannt werden.

- Die wachsenden finanzpolitischen Probleme, hervorgerufen durch eine verantwortungslose Geld-Schuldenpolitik in der Vergangenheit, die in der Abschaffung der D-Mark gipfelte.
- Damit einhergehend eine nicht mehr durch staatliche Konjunkturmaßnahmen zu regelnde Arbeitsmarktpolitik, die zu der unvorstellbar hohen Zahl von fünf Millionen Arbeitslosen geführt hat.
- Die verfehlte Einwanderungspolitik der letzten 20 Jahre, die im Ergebnis unserem Land mehr als 10 Millionen Zuwanderer gebracht hat. Sie stellen mehr und mehr die geistigen Grundlagen der christlich abendländischen Kultur infrage.
- Der wachsende Meinungsdruck der veröffentlichten Meinung, die zu einer Aushöhlung der verfassungsmäßig gebotenen freien Meinungsäußerung führt.

Zum 40. Geburtstag der SWG übermittele ich dem Verein und seinen verantwortlichen Repräsentanten herzliche Grüße und gute Wünsche. Der Bundesvorstand der LO hat die

Arbeit der SWG in der Vergangenheit mit Sympathie und Anteilnahme begleitet. Dies wird auch zukünftig so bleiben.

Besonders herausstellen will ich, daß die SWG bei ihrer Arbeit dem geschichtlich kulturellen Erbe der früheren Ostprovinzen des Deutschen Reiches breiten Raum gewidmet hat. Dafür danke ich auch im Namen des Bundesvorstandes der Landsmannschaft Ostpreußen. Wir freuen uns, bei der Aufgabe, das große Kulturerbe des deutschen Ostens zu wahren und es als Bestandteil der gesamtdeutschen und europäischen Kultur zu pflegen und weiter zu entwickeln, in der SWG einen solidarischen Partner zu haben.

Möge der SWG eine erfolgreiche Zukunft beschieden sein.

Hamburg, 15. September 2002

Hans-Jürgen Mahlitz
(Chefredakteur Ostpreußenblatt/Preußische Allgemeine Zeitung)

Öffentliche Meinung oder veröffentlichte Meinung – ist das heute noch ein Gegensatz-Paar? Denkt die Mehrheit des Volkes wirklich anders als die Mehrheit der Meinungsmacher in Presse, Funk und Fernsehen? Oder ist die selbsternannte „vierte Gewalt“ (die in dieser Form in unserer Verfassung gar nicht vorgesehen ist) in Wahrheit längst zur „ersten Gewalt“ aufgestiegen, die selbstherrlich bestimmt, wer dieses Land regiert?

Ein Blick auf die Ergebnisse der letzten Bundestagswahlen scheint eher gegen die These von der Allmacht der Medien zu sprechen. Aus zahlreichen seriösen Untersuchungen der letzten Jahre ist bekannt, daß sich eine überwältigende Mehrheit der Medienschaffenden – die Zahlen reichen bis an die 90 Prozent heran – selbst als linksorientiert einstuft, mit SPD, Grünen oder PDS zumindest sympathisiert, oft auch Mitglied einer dieser Parteien ist. Gerade einmal jeder zehnte Journalist in Deutschland bekennt sich zum bürgerlichen oder gar „rechten“ Spektrum.

Wenn aber die Medien in Sachen Meinungsbildung das absolute Monopol hätten, dann müßte dieses Land seit langem von linken Mehrheiten weit oberhalb des verfassungsändernden Quorums regiert werden. Allein schon die Tatsache, daß sich das „System Kohl“ – das zwar gewiß nicht die „reine Lehre“ des Konservatismus repräsentierte, aber auch nicht durch extremen Linksradikalismus aufgefallen ist – 16 Jahre lang an der Macht halten konnte, steht im krassen Gegensatz zum von den Achtundsechzigern geprägten Meinungstrend der Meinungsmacher. Obwohl große Teile der Union, insbesondere der CDU, längst in die sogenannte Mitte abgewandert waren, zeichneten Journalisten und Publizisten in breitester Front unverdrossen ihr Horrorbild von der „rechten Gefahr“, die angeblich von allen nicht-linken Parteien, also auch und gerade von der Union ausgehe. Doch trotz dieses Trommelfeuers brauchte die Vereinigte Linke fast 16 Jahre und fünf Anläufe, um endlich 1998 den Sprung auf die Regierungsbank zu schaffen.

Können wir uns also beruhigt zurücklehnen: Sollen die Linken sich doch vor Fernsehkameras und in Redaktionsstuben austoben, das Volk läßt sich ja doch nicht so leicht manipulieren? Vor solcher Sorglosigkeit kann ich nur eindringlich warnen. Das war ja genau der Fehler der demokratischen Rechten in Deutschland, daß sie allzu lange die Ankündigungen der Achtundsechziger nicht ernst genommen hat. Zum Beispiel den „Marsch durch die

Institutionen“. Viel zu spät begann man im konservativen Lager, sich zu fragen, welche Institutionen denn damit gemeint sein könnten. Das waren eben primär nicht die direkt politischen Institutionen – aus den Parlamenten zum Beispiel hat man die ideologiebesessenen Weltverbesserer lange fernhalten können. Derweilen besetzten die Linken Zug um Zug die Schlüsselpositionen in Rundfunk und Fernsehen, in Zeitungs- und Zeitschriftenredaktionen, in Schulen und Universitäten, im Kulturbereich, in der Justiz. Als die Rechten das endlich merkten, war es zu spät. Typisch die Situation in den öffentlich-rechtlichen Sendehäusern: Die lukrativen und dekorativen Intendantenposten überließ man einstweilen den Konservativen, die damit leicht ruhig zu stellen waren. Die eigenen Leute plazierte man da, wo das Programm gemacht wurde. Dort sitzt nun die gesammelte linke Meinungsmafia, größtenteils inzwischen pensionsberechtigt und unkündbar, und kann ungeniert und ungehindert das Publikum indoktrinieren.

Natürlich bedeuten 90 Prozent Linksorientierung der Meinungsmacher noch nicht automatisch 90-Prozent-Mehrheit für linke Parteien. Das hat sich am 22. September gezeigt, und daran wird sich auch in Zukunft nichts entscheidend ändern. Die Manipulationsmöglichkeiten sind heute weitgehend ausgeschöpft, noch linker als links geht es eigentlich nicht mehr. Die Gefahr liegt auf der anderen Seite: Das natürliche Gegengewicht einer linken Meinungspresse wird zunehmend ausgehöhlt. Das meiste von dem, was es in Deutschland einst an konservativen Medien gab, ist abgestorben oder taumelt dem baldigen Ende entgegen. „Epoche“: eingestellt, „Gegengift“: eingestellt; „Deutschland-Magazin“: pleite. Die noch existierenden Reste der Vertriebenenpresse erscheinen „unter Ausschluß der Öffentlichkeit“. Wir vom „Ostpreußenblatt“, das als „Preußische Allgemeine Zeitung“ dabei ist, aus diesem existenzgefährdeten Ghetto auszubrechen, fühlen uns in der deutschen Medienlandschaft immer einsamer – für demokratisch-rechte, wertkonservative, patriotische Journalisten eine beängstigende Perspektive. Doch will ich mit versöhnlichen Worten schließen: Wir lassen uns nicht entmutigen; auch wenn der politisch korrekte Zeitgeist noch so übermächtig ist, wir halten dagegen. Und solange wir noch treue Freunde – wie die SWG – an unserer Seite wissen, glauben wir daran, daß wir am Ende auch nicht ganz erfolglos bleiben werden.